»Die wollen sich zurückholen, was ihnen gar nicht gehört«

Posted on 16. Oktober 2020 by Horand Knaup



Der Kampf geht weiter:
Frauen und die Retropolitik der Männer

Wiebke Esdar ist neu im Bundestag, seit 2017 erst dabei, die Abgeordnete aus Bielefeld gilt als eines der vielversprechenden politischen
Talente in der SPD-Fraktion. Doch wenn sie in Sitzungen das Wort ergreift, zücken viele Männer ihre Handys, drehen sich zum Nachbarn hin, beginnen zu plaudern, hören nicht mehr zu.

Sevim Dağdelen ist eine Politikerin aus der zweiten Reihe der Linken, die regelmäßig in Talkshows auftritt,

wenn es um die Türkei und Präsident Recep Tayyip Erdoğan geht. Wenn sie nach den Sendungen auf ihre Facebook-Seite schaut, liest sie Einträge wie »Du dreckige Schlampe«, »Sie wird ja von einem deutschen Schwanz gefickt«, »Du fette Sau«.

Linda Teuteberg organisiert als Generalskretärin seit April 2019 das Hans-Dietrich-Genscher-Haus, die Parteizentrale der FDP, und vertritt ihre Fraktion als Obfrau im Innenausschuss des Bundestages. Nach Silvana Koch-Mehrin, FDP-Spitzenkandidatin bei den Europawahlen 2004 und 2009, sowie Katja Suding, Parteivize seit 2015, sei Teuteberg bereits die dritte Spitzenkraft, die nach dem Prinzip » FDP's next Topmodel« ausgewählt wurde – so raunen Parteifreunde wie Außenstehende. Und da Teuteberg blond ist und aus dem Berliner Umland stammt, heißt sie bei den Spöttern auch »Brandenburg-Barbie«.

Gitta Connemann ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/ CSU-Fraktion. Sie war in der Enquetekommission Kultur in Deutschland tätig, ist Vizevorsitzende der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe und gehört dem Vorstand des Parlamentskreises Mittelstand an. Wenn männliche Kollegen zusammenstehen und Gitta Connemann Thema wird, geht es in aller Regel nicht darum, was sie gesagt oder getan hat. Sondern darum, »dass sie immer noch super aussieht – für eine Frau über 50«.

Nicole Höchst, Bildungsexpertin der AfD-Fraktion, befasst sich in einer Enquetekommisson des Bundestages mit der Frage, wie man die berufliche Billdung attraktiver gestalten kann. Wenn Höchst in der geschlossenen Front der AfD-Fraktion im Plenarsaal sitzt, geht sie optisch unter, man entdeckt sie unter all den Anzügen und Krawatten kaum. Mit 94 Abgeordneten zog die AfD nach der Bundestagswahl 2017 ins Parlament ein, fünf von ihnen haben die Fraktion bis zum Sommer 2020 verlassen. Von den verbliebenen 89 sind 80 Männer.

Claudia Roth von den Grünen ist stellvertretende Bundestagspräsidentin. Seit 1949 ist es Tradition im Hohen Haus, die Rede der Abgeordneten mit einer Begrüßung des Präsidenten zu eröffnen.

Seit es auch Präsidentinnen gibt, sollen auch diese entsprechend adressiert werden. Wenn Roth den Vorsitz hat, grüßt manch ein AfD-Mann gar nicht, andere begrüßen demonstrativ mit »Präsident“ – und Roth ergänzt dann stets »-in«.

Unter den 709 Abgeordneten im Deutschen Bundestag sind 488 Männer – und 221 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 30,7 Prozent. So gering war die Frauenquote im Parlament zuletzt 1998, dem Jahr, in dem der 1. FC Kaiserslautern Deutscher Fußballmeister wurde und eine gewisse Monica Lewinsky weltweit für Schlagzeilen sorgte.

Im Bundestag – und nicht nur da – droht den Frauen ein Backlash, ein Konterschlag der Retromänner. Das macht sich nicht nur an ihrer rückläufigen Zahl fest, sondern mehr noch an der Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird. Nichts, was sich die Frauen in den vergangenen 70 Jahren an Gleichberechtigung erkämpft und an Machtteilhabe erobert haben, ist selbstverständlich. Alles müssen sie immer wieder aufs Neue erstreiten und verteidigen.

Die über 15-jährige Kanzlerschaft von Angela Merkel, der ersten Frau im mächtigsten politischen Amt des Landes, hat viele glauben lassen, für die Frauen sei in der Politik alles erreicht. Und dass das Klischee widerlegt sei, die Macht sei männlich. Doch die Frau am Hebel der Macht erweist sich nun als Trugbild. Genauso wie die Liste der sieben Ministerinnen im 16-köpfigen Bundeskabinett. Die vielleicht mächtigste Selbsttäuschung entstand im Juli 2019 anlässlich der Amtsübergabe im Verteidigungsressort. Annegret Kramp-Karrenbauer, Ursula von der Leyen und Angela Merkel sitzen fröhlich strahlend nebeneinander im Schloss Bellevue. »So geht weibliche Macht«, titelt die taz. »So sehen Sieger aus. Oder, wenn man es noch betonen will: Siegerinnen«, flötet die Bild. Kurz darauf kündigt AKK ihren Rücktritt vom CDU-Vorsitz an, ein halbes Jahr später gerät das Krisenmanagement der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in heftige Kritik. Und wenn Angela Merkel im Herbst 2021 geht, kommt ein Mann.

Mächtige Frauen fallen derart auf, erhalten so viel Aufmerksamkeit,

dass man lange Zeit nicht merkt, wie frauenlos die Politik in Wirklichkeit immer noch ist. Und nun sind weltweit die Männer wieder auf dem Vormarsch; die starken Jungs, die – oft populistisch – in Machopose traditionelle Rollenbilder verkörpern und sie aggressiv propagieren. Männer, die glauben, sie seien von Natur aus überlegen und dass dem wieder mehr Geltung verschafft werden müsse. Ob Donald Trump in den USA, Jair Bolsonaro in Brasilien, Wladimir Putin in Russland, Viktor Orbán in Ungarn oder Boris Johnson in Großbritannien
– stets hat die zur Schau gestellte Männlichkeit einen starken antifeministischen Zug.

Auch in Deutschland gewinnen die Retromänner in der Politik an Einfluss, drängen Frauen in den Rückzug. Beispiele gibt es zuhauf:
–– In der CDU ist die Machtübergabe von Frau zu Frau gescheitert. Gleich mehrere Männer meinten, auf eine Kanzlerin dürfe nicht schon wieder eine Kanzlerin folgen, auf Angela Merkel nicht Annegret Kramp-Karrenbauer.
–– Seit der Bundestagswahl 2017 wurden in den CDU/ CSU-Ministerien 23 Staatssekretäre neu berufen – 18 Männer, fünf Frauen.
–– Christian Lindner und Annegret Kramp-Karrenbauer versagten im Thüringer Wahldesaster im Herbst 2019 grandios, er als Notretter am Wahlabend, sie als Krisenmanagerin in den Tagen danach. Der FDP-Chef war kurz darauf wieder obenauf, die CDU-Chefin in Abwicklung.
–– Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder wollte auf dem CSU-Parteitag im Oktober 2019 eine Miniquote für Frauen durchsetzen – er scheiterte krachend.
–– In der FDP ist der Anteil der Frauen unter den Mitgliedern auf 20 Prozent geschrumpft. Auf dem Parteitag der Liberalen im April 2019 wurde ein Antrag eingebracht, der eine quotenfreie Frauenförderung vorsah – er wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

»Wir stecken in einer Art Kulturkampf«, sagt Claudia Roth über das, was sie seit geraumer Zeit beobachtet. Auf der einen Seite gebe es zwar immer mehr Männer, die sich Erziehung und Betreuung ihrer Kinder gerecht teilen wollen und deren Frauen ganz selbstverständlich einem Beruf nachgingen. Auf der anderen Seite – und das sei in der Politik besonders ausgeprägt – formierten sich die

Retromänner, die »Maskulinisten«, wie Roth sie nennt: »Die wollen sich zurückholen, was ihnen gar nicht gehört.«

Diesen Trend sieht auch der Autor und Fernsehkritiker Torsten Körner. In seinem Buch »In der Männer-Republik – Wie Frauen die Politik eroberten« beschreibt Körner die weibliche Geschichte des Bundestages und warnt vor einer »Re-Traditionalisierung« der Politik und einer »Machtberaubung der Frau«. Die weibliche Stimme im parlamentarischen Chor werde schwächer, die weibliche Perspektive in der parlamentarischen Arbeit schwinde. Beides schade der Republik.

Die Verrohung

Geht man dieser Tendenz nach und fragt nach entscheidenden Wegmarken beim Vormarsch der Retrocharaktere und Maskulinisten, so stößt man unweigerlich auf die Pegida-Bewegung. Ende 2014 haben sich die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« zu einer fremdenfeindlichen, völkischen Organisation zusammengeschlossen. Seitdem erhalten zahlreiche Bundestagsabgeordnete signifikant mehr Hassmails und Drohungen, Hauptadressat sind Parlamentarier mit Migrationshintergrund – und Frauen.

»Man droht Frauen mit Vergewaltigung, man erzählt ihnen, sie seien Fotzen oder Schlampen oder irgendetwas anderes, von dem man weiß, dass es besonders verletzend ist und in eine Schiene hineingeht, die Frauen im tiefsten Inneren bedroht, und ihnen Angst macht. – so beschreibt es Anke Domscheit-Berg, Abgeordnete der Linken. Ob Mechthild Heil von der CDU, Bärbel Bas von der SPD oder auch Joana Cotar von der AfD – alle berichten vom gleichen Muster: In den Hassmails, die sie erreichen, geht es, in oft widerlicher, ruppiger Sprache, immer auch um den weiblichen Körper und um sexualisierte Gewaltandrohung. »Dich sollte man mal ordentlich durchknattern«, »Ein Neger sollte dich totficken«, »Dich rührt ja

nicht mal einer dieser notgeilen Eseltreiber an, die du ins Land lässt«.

Die Grünen-Abgeordnete Renate Künast, neben Claudia Roth und der SPD-Abgeordneten Aydan Özoğuz eine der Hauptzielscheiben der Hassmailschreiber, spricht von einem »Rollback«, dem Frauen ausgesetzt seien. Frauen hätten in der analogen Welt viel erkämpft. »Die Frage ist nun: Können wir in der digitalen Welt im gleichen Maße teilhaben? Oder müssen sich Frauen zurückziehen, weil sie derartig angemacht werden?«

Künast selbst ist gegen die Beleidigungen im Netz gerichtlich vorgegangen, mit mäßigem Erfolg. Die Richter des Berliner Landgerichts urteilten im September 2019, dass Beschimpfungen wie »Drecksfotze«, »Sondermüll« oder »Stück Scheiße« in den sozialen Netzwerken hingenommen werden müssten, sie seien gedeckt vom hohen Gut der freien Meinungsäußerung. Künasts Beschwerde gegen das Urteil war zumindest in Teilen erfolgreich, in sechs der geprüften 22 Kommentare stellte das Gericht nun »jeweils einen rechtswidrigen Inhalt im Sinne einer Beleidigung« fest. »Drecksau« muss sie sich aber weiterhin anhören. Genauso wie man Sawsan Chebli, SPD, die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund, weiterhin »Quotenmigrantin« nennen darf – und »islamische Sprechpuppe«.

Ähnliches erlebte eine FDP-Abgeordnete: »Brandgefährlich sind Politikerinnen wie Strack-Zimmermann. Von nichts eine Ahnung, aber das Maul aufreißen. Als Soldat sollte man solchen Tussen sofort eine Kugel verpassen. Was legitimiert solche Fotzen, sich despektierlich zu äußern?«, rotzte ihr ein Schreiber auf Twitter entgegen. Auch Marie-Agnes Strack-Zimmermann erstattete Anzeige. Doch der Verfasser war nicht zu ermitteln, das Verfahren wurde eingestellt, eines von vielen. »Muss erst einer tot am Boden liegen, bis da mal energisch nachgehakt wird?«, fragt die FDP-Verteidigungsexpertin, als sie die Nachricht von der Einstellung erhält.

Das ARD-Politmagazin report aus München wollte es im Spätsommer 2019 genauer wissen und startete eine Umfrage unter allen weiblichen Abgeordneten des Bundestages. Mit erschütterndem

Ergebnis: 87 Prozent der Befragten gaben an, bereits Opfer von Hass und Bedrohung im Netz geworden zu sein, einige nahezu täglich. Elf Prozent der deutschen Parlamentarierinnen zweifeln, ob sie in diesem Klima bei der nächsten Bundestagswahl noch einmal antreten wollen.

Die einen denken an Rückzug aus dem Bundestag – und die anderen wollen gar nicht mehr einziehen. Claudia Roth erzählt nachdenklich von der Wahl einer neuen Spitze bei der Grünen Jugend, dem Parteinachwuchs. Eine der jungen Frauen, die sich um einen Beisitzerposten bewarb, sprach in ihrer Vorstellungsrede darüber, wie wichtig gerade heute der Feminismus sei. Daraufhin brach ein so heftiger Shitstorm in den sozialen Medien los, dass sie am Tag nach der Wahl ernsthaft erwog, ihren Posten wieder abzugeben. Sie war sich nicht sicher, solchem Druck dauerhaft standhalten zu können. »Das ist strategische Hetze, die wollen Menschen zum Rückzug bewegen. Das darf nicht aufgehen! Gerade beim politischen Nachwuchs ist es fatal, sie sind doch unsere Zukunft., sagt Roth. Die gezielten Gewaltfantasien dieser Hassnachrichten hätten das Ziel, die Seelen der Frauen zu zerstören. Das werde versucht in Worten, in Blicken, in Äußerungen, in Zuschreibungen. »Ich verstehe total, dass es die Kolleginnen, die zum ersten Mal solchen Hass, solche Gewalt erleben, völlig fertigmacht. Man muss sich da gegenseitig stützen und solidarisch sein – auch die Männer.«

Die Männerrepublik

Politik in Deutschland war lange eine Männerbastion und ist bis heute deutlich männlich dominiert. Bis zur Bundestagswahl 1987, also zehn Legislaturperioden lang, lag der Anteil der Frauen an den Abgeordneten unter zehn Prozent. Bis 1983 waren im Deutschen Bundestag durchgehend weniger Frauen vertreten als in der Nationalversammlung von Weimar 1919. Bis heute sind die Frauen stark unterrepräsentiert – im Bundestag wie in den 16 Länderparlamenten. Auf beiden Ebenen schwankt ihr Anteil um die 30 Prozent. Die jüngste Tendenz sowohl beim Bund als auch im Durchschnitt der

Länder: sinkend. Die Frauen holen nicht weiter auf, sie verlieren an Boden. Der Trend ist gekippt.

1961 wurde die erste Frau Bundesministerin. Elisabeth Schwarzhaupt von der CDU übernahm das Ressort »Gesundheitswesen«, es war eigens neu geschaffen worden, also nicht so wichtig. Es war die Zeit, in der Frauen, wie Körner in seinem Buch über die weibliche Parlamentsgeschichte aufzeigt, zwar als Sach- und Fachpolitiker Anerkennung finden (»Sie hat mehr Sachverstand im kleinen Finger als die meisten Männer im Kopf«), sich aber zugleich eine Haltung bei ihnen ausformt, die heute noch oft anzutreffen ist: Wir müssen besser sein als die Männer, damit wir ernst genommen werden. Es hat sich ein Narrativ eingenistet, das den Blick auf die Frauen in der Politik lange Zeit bestimmt hat: Für die Macht seien Frauen zu emotional, es mangele ihnen an der dafür notwendigen kühlen Rationalität, der beherrschten Kälte. Angela Merkel hat diese Haltung erschüttern können, überwunden ist sie nicht.

Von Beginn an war der Körper der Frau Thema im Parlamentsgeschehen. Männer können bis heute einen Schmerbauch haben, Doppelkinn oder Stiernacken – vollkommen egal. Ob eine Frau attraktiv ist oder nicht, darüber wird gesprochen und geschrieben. Und welche Frau attraktiv ist und welche nicht, definieren jene Männer, die dann darüber sprechen und schreiben. Die Beine von Katja Suding, die Frisur von Sahra Wagenknecht, die Brille von Saskia Esken, die engen Klamotten von Dorothee Bär, die erotische Ausstrahlung von Julia Klöckner – all das ist nicht nur Gesprächs- und Schreibstoff. Es spielt auch eine Rolle, wenn es darum geht, wer was werden darf – und wer was nicht mehr sein soll. Das war und das ist so. Wenigstens müssen sich weibliche Abgeordnete heute im Parlament nicht mehr anhören, was die junge Herta Däubler-Gmelin, eine promovierte Juristin, kurz nach ihrem Einzug in den Bundestag 1972 von einem Staatssekretär gefragt wurde: »Na, Mädel, hast du dir zum Heiraten schon einen ausgesucht?«

Es gibt im Bundestag mehrere Arten, gegen die männliche Wahrnehmung des weiblichen Körpers anzugehen. Die vielleicht wirkmächtigsten sind die Verpanzerung des Äußeren und die Vermännlichung

des Stils. Für das Erste stehen die Kanzlerin und die Familienministerin, Angela Merkel und Franziska Giffey. Und für das Zweite steht Andrea Nahles.

Angela Merkel trägt seit Jahren schon ihre »Jacke mit Hose«-Uniform in tausend verschiedenen Farben, sodass sich ihr weibliches Ich mit der Zeit neutralisiert hat und längst kein Thema mehr ist. Franziska Giffey war so lange das Blondchen mit der hohen Stimme, bis sie ihre Haare hoch- und sich selbst in so konservative Outfits hineinsteckte, dass sie heute das Kostüm einer Gouvernante ihres früheren Ichs trägt. Giffey ist bewusst unweiblich – und sehr erfolgreich. In der niederliegenden SPD gilt sie als vielversprechende Hoffnungsträgerin.

Andrea Nahles hat wie kaum eine zweite Politikerin den männlichen Kodex der Macht übernommen, um erfolgreich zu sein. Sie hat sich fast ausschließlich mit Männern umgeben, sie hat Machtseilschaften geknüpft, sie hat Widersacher knallhart bekämpft – und sie hat drei SPD-Vorsitzende gestürzt oder zumindest an deren Sturz mitgewirkt: Rudolf Scharping, Franz Müntefering, Sigmar Gabriel. Und am Rückzug von Martin Schulz war sie auch nicht ganz unbeteiligt.

Mit dem Einzug der Grünen wurde die männliche Ordnung der Politik Anfang der achtziger Jahre infrage gestellt. Ein Gründungsmoment der Grünen war es, dafür zu streiten, dass den Frauen nicht nur im Himmel die Hälfte der Plätze zusteht, sondern auch im Hier und Jetzt. Den Anspruch, diesen Himmel auf Erden wahr werden zu lassen, trugen sie in den Bundestag – die frauenpolitisch größte Zäsur in der Geschichte der Republik. Und neben der Ökologie der wohl größte Beitrag der Grünen am gesellschaftlichen Fortschritt des Landes.

Es waren nicht die Machtstrategen um Joschka Fischer und Otto Schily, die das Bild der frühen Grünen im Parlament prägten. Es war die zerbrechlich-energische Petra Kelly. Sie hat mit ihrer Popularität die Grünen an vorderster Front ins Parlament getragen. Und ihr folgten eine ganze Riege von Frauen, die der Bundestag bis dato nicht gesehen, vor allem aber nicht gehört hatte: Christa Nickels,

Marie-Luise Beck-Oberdorf, Antje Vollmer, Waltraud Schoppe. Überzeugte Feministinnen, die eine ganz andere Stimme, eine ganz andere Haltung und ganz andere Themen in den Plenarsaal trugen, während die Frauen der anderen Fraktionen in den traditionellen Rollenbildern ihrer Parteien stecken blieben.

Einen legendären Auftritt legte Waltraud Schoppe im Mai 1983 mit ihrer Premierenrede im Bundestag hin. »Wir bewegen uns in einer Gesellschaft., rief sie, »die Lebensverhältnisse normiert, auf Einheitsmoden, Einheitswohnungen, Einheitsmeinungen und auch auf eine Einheitsmoral, was dazu geführt hat, dass sich Menschen abends hinlegen und vor dem Einschlafen eine Einheitsübung vollführen, wobei der Mann meist eine fahrlässige Penetration durchführt.« Wie bitte? Fahrlässige Penetration? Da saßen die ersten Unionsabgeordneten schon auf den Kanten ihrer Sitze. Doch es wurde noch munterer.

Schoppe forderte im Hohen Haus bis dahin Unvorstellbares – eine »Bestrafung bei Vergewaltigung in der Ehe«, was prompt Tumulte auslöste. Als sie auch noch zur Einstellung des »alltäglichen Sexismus hier im Parlament« aufrief und Formen des lustvollen, schwangerschaftsverhütenden Liebesspiels empfahl, johlten die Männer, klopften sich auf die Schenkel und schütteten sich aus vor Lachen. Sieht man sich die Bilder von damals noch mal an, so erinnern einen die Männer im Hohen Haus an pubertierende Jugendliche, die aus Verlegenheit rumkrakeelen und gar nicht verstehen, worum es geht. Um strukturellen Sexismus. Waltraud Schoppe hatte es mit ihrem Tabubruch geschafft, dass sich die Männerrepublik im Bundestag an diesem Tag selbst entlarvte.

Damals gab es noch keine E-Mails, man schrieb noch auf Papier. In den zahlreichen Briefen, die Schoppe nach ihrer Rede erhielt, zielten vermeintlich verletzte Männer auf die weibliche Körperlichkeit. »Hässlich«, »unförmig«, »Mannweib«. Es ist also nicht neu, dass bei Anfeindungen gegenüber Frauen das Äußerliche attackiert wird – aber damals noch ohne sexualisierte Gewaltandrohungen. Sie sind ein Enthemmungsphänomen moderner Kommunikation über die sozialen Netzwerke.

Claudia Roth stieß zwei Jahre später, 1985, zu den Bundestags-Grünen, als Pressesprecherin der Fraktion. Sie erinnert sich noch gut, wie verächtlich viele Männer der anderen Fraktionen auf die Frauen bei den Grünen schauten. Für die meisten männlichen Abgeordneten waren sie keine gleichwertigen Kolleginnen, sondern »Quotenfrauen«. Politische Wesen, die nicht deshalb im Bundestag gelandet waren, weil sie etwas wussten und gestalten wollten, sondern weil sie Frauen waren. Entsprechend suchten die Männer aus der Union, der SPD und der FDP stets den Kontakt zu denjenigen grünen Männern mit »Macker-Qualitäten« (Roth). Sie waren ihnen vertrauter, dann heuchelten sie in verständnisvollem Mitleidssound überfraktionelle Machosolidarität. Ganz nach dem Motto: »Ihr armen Kerle, dass ihr euch mit solchen Weibern rumschlagen müsst.« Doch hinter der Häme kam Angst zum Vorschein. Die Männerrepublik ahnte, dass die Frauen der Grünen ernst zu nehmende Eindringlinge in ihrem Arkanbereich waren: dass sie ihre Macht bedrohten.

Die Frauenquote hat Druck ausgeübt und übt immer noch Druck aus, auf die Grünen selbst, auf die gesellschaftliche Debatte über die Rolle von Frauen, auf andere Parteien. Die CDU hielt bereits 1985 einen Frauenparteitag in Essen ab, und Helmut Kohl sah sich genötigt, mit Rita Süssmuth eine zweite Frau ins Kabinett zu berufen. Als die Quereinsteigerin in einem ihrer ersten Interviews Simone de Beauvoir als eine ihrer Lieblingsschriftstellerinnen nannte, brannte gleich mal die Unions-Hütte. Simone de Beauvoir! Eine feministische Existenzialistin! Geht’s noch?

Die Progressiven in der Union erkannten sehr rasch, wie wichtig die Grünen-Quote für sie selbst war. Bei einer Geburtstagsfeier der Grünen hielt Heiner Geißler, damals bereits Ex- CDU-Generalsekretär, eine Rede und mahnte hinterher in kleiner Runde mit dem grünen Spitzenpersonal: »Ihr dürft alles ändern bei euch, aber nicht die Quote!« Geißler wusste: Von sich aus würde seine Partei nicht weiblicher werden. Es würde die Quote der Grünen brauchen, damit die Männer der Union zur Einsicht kommen.

Doch nicht alle kamen. Anzügliche Bemerkungen, schmierige

Witzchen und mal eben hingegrabscht – lange Zeit blieb der Alltagssexismus für einige normal. Speziell vor einem – nicht ganz unwichtigen – Unions-Abgeordneten warnten sich die Fraktionsmitarbeiterinnen untereinander: »Nie allein mit ihm in den Aufzug!«
Die Grünen haben den Bundestag verändert – und der Bundestag die Grünen. Als sie »etablierter« wurden und 1998 in Regierungsverantwortung kamen, ging der damalige Parteivorsitzende Fritz Kuhn auf Claudia Roth zu. Ob sie es nicht für angemessen halte, ihr Outfit zu ändern, auch mal ein Kostüm anzuziehen und gedecktere Farben zu tragen, nicht immer dieses Bunte, Schreiende. Roth hielt es nicht für angemessen, blieb, wie sie war und bis heute ist. Und in den Jahren danach hat sich der Bundestag vorübergehend eher in Richtung Claudia Roth bewegt als in Richtung Fritz Kuhn. Er ist bunter und weiblicher geworden. Doch damit ist es nun vorbei.

In der SPD-Fraktion blieb der Frauenanteil zwar konstant bei knapp über 40 Prozent. Aber wenn man hört, wie die Männer dort über die Parteivorsitzende Saskia Esken reden, wie sie über eine ehemalige Hinterbänklerin lästern, die auf Platz 15 der Landesliste der SPD-Baden-Württemberg so gerade noch in den Bundestag gerutscht war und sich dann erdreistete, sich für einen Posten zu bewerben, den schon August Bebel, Friedrich Ebert und Willy Brandt innehatten. Wie sie alles ins Lächerliche ziehen, was diese Außenseiterin, die niemand wirklich erst nahm, sagt und fordert. Wer sich all das anschaut und anhört, der erkennt: Die SPD mag die erste Partei sein, die die Emanzipation der Frauen auf ihre Fahnen schrieb – doch bis heute riecht sie streng nach Rasierwasser.

Wenn Claudia Roth vom Stuhl der Bundestagspräsidentin aus in den Plenarsaal schaut, denkt sie zuweilen: »Was für eine Übermacht an Männern.« Dass seit der Bundestagswahl 2017 weniger Frauen im Parlament sind als vor der Jahrtausendwende, liegt nicht nur am Einzug der Männerpartei AfD. In der CDU/ CSU- sowie der FDP-Fraktion ist der Anteil der Frauen signifikant gesunken. In der Union werden die meisten Mandate in den Wahlkreisen direkt gewonnen – die sicheren Wahlkreise halten vor allem Männer besetzt. Bei schlechter werdenden Wahlergebnissen fallen vor allem

Listenmandate weg – also Frauen. Davor hatte in seiner letzten Legislaturperiode bereits der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU, gewarnt. Doch auf ihn hat niemand gehört – und so sind zum Beispiel zahlreiche CDU-Frauen aus dem Ruhrgebiet, die selbst von politischen Widersachern geschätzt wurden, im Herbst 2017 nicht wieder in den Bundestag zurückgekehrt. Und bei der FDP schlägt auch im Parlament ein Trend voll durch, der den Liberalen schon seit geraumer Zeit Sorgen bereitet: Sie wird für Frauen immer unattraktiver.

Im Plenum ist die subkutane Diskriminierung hör- und sichtbar. Von der Zuschauertribüne des Bundestages aus kann man beobachten, was Vizepräsidentin Petra Pau berichtet: »Wenn Frauen im Plenum reden, geht der Geräuschpegel hoch. Quer durch alle Fraktionen. Plötzlich haben die Männer dringend was zu besprechen. Dann bleiben viele zwischen den Reihen stehen und sind in ein wichtiges Zwiegespräch vertieft. Das ist regelmäßig so, und es ist die reine Respektlosigkeit.«

Es ist aber nicht nur das Plenum, und es sind nicht nur die Abgeordneten. Auch auf den Regierungsbänken setzt das Getuschel ein, wenn Frauen zum Mikrofon greifen. »Auch die Herren Staatssekretäre meinen gerne, dringend was besprechen zu müssen, bevor sie gehen«, sagt Pau, die die Minister und Staatssekretärinnen davon ausdrücklich ausnimmt. »Es ist ein echtes Männerphänomen, die Herren Staatssekretäre sind da viel anfälliger als andere.« Selbst Regierungsfrauen wie Dorothee Bär, CSU, die Staatsministerin für Digitalisierung, oder Julia Klöckner, die CDU-Bundeslandwirtschaftsministerin, sind nicht gefeit. Auch sie kennen das Phänomen, dass das Interesse der Männer sinkt, sobald sie das Wort ergreifen.

So lässt sich beobachten, dass vieles von dem, was zwischendurch selbstverständlich erschien, nicht mehr selbstverständlich ist. Selbstverständlich schien, dass für Sexismus im Bundestag kein Platz mehr ist. Und dass Bilder über johlende, schenkelklopfende Männer, die an pubertierende Jugendliche erinnern, der Vergangenheit angehören. Nun ist beides zurückgekehrt. Der Sexismus im Bundestag und auch die Bilder von den Krakeelern sind wieder da.

Und das hat viel mit der AfD zu tun.

Eine CDU-Abgeordnete erinnert sich an die Debatte über Ferkelkastration im November 2018, es sei einer der Tiefpunkte in ihrem Abgeordnetendasein gewesen, widerwärtig. Gleich mehrere Abgeordnete der AfD hätten anzügliche Bemerkungen gemacht nach dem Motto: Sie wüssten gar nicht, worüber sie jetzt reden sollten, denn bei ihnen funktioniere ja alles bestens. Einer von ihnen habe dabei demonstrativ unter seine Gürtellinie gezeigt. Gejohle in den AfD-Reihen. Sie sei fassungslos gewesen, so die Abgeordnete. Einer Kollegin seien Tränen der Wut in die Augen geschossen. Sie halte das nicht mehr aus, habe sie gesagt.

Im Februar 2018 hatte bereits der AfD-Abgeordnete Enrico Komning für Ballermannstimmung hier und Fassungslosigkeit da gesorgt. Komning nahm die Debatte zum Wirtschaftsplangesetz zum Anlass, über Hühner und Eier zu philosophieren, sich demonstrativ zum Stuhl der abwesenden Kanzlerin hinzudrehen und zu sagen: »Wer keine Eier hat, darf nicht regieren.«

Sexismus und Antifeminismus waren immer schon da im Parlament, bis weit in die achtziger Jahre hinein sehr offen, danach wurden sie schrittweise zurückgedrängt. Mit den Rechtspopulisten im Bundestag haben sie nun wieder eine Bühne erhalten, auf der sich AfD-Abgeordnete so offen frauenfeindlich präsentieren, dass es enthemmend wirkt auf andere – und selbstverständlich wird.

»Die Grundaggressivität hat deutlich zugenommen«, konstatiert Petra Pau. Mitarbeiter anderer Fraktionen berichten aus den Bürohäusern von Drohungen, Beleidigungen und offener Einschüchterung durch AfD-Personal. Es gibt Abgeordnete, die offen bekennen, dass sie Fahrstühle passieren lassen, wenn sie darin AfD-Kollegen erkennen. Ähnlich erhitzt geht es im Plenum zu. Aggressive Zwischenrufe, frauenfeindliche Nebensätze, offen rassistische Untertöne. »Ich höre längst nicht alles«, sagt Pau, »sonst müsste ich es bewerten.« Aber wenn sich AfD-Abgeordnete im Dutzend in Durchgänge stellen und lautstarke Unterhaltungen beginnen oder zu Beginn ihrer Reden die Vizepräsidentinnen demonstrativ mit

»Herr Präsident« begrüßen, begegnet das Präsidium der Entgleisung inzwischen konsequent mit einem Ordnungsruf.

Nicht jede kann sich so beherzt und schlagfertig wehren wie Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die stellvertretende FDP-Vorsitzende trägt an diesem Tag im Frühjahr 2019 eine schwarze Lederjacke. Normalerweise meidet sie im Plenum die Plätze neben der AfD, setzt sich möglichst nahe an die Union heran, genau wie die meisten ihrer Kolleginnen. »Um diese Sprüche nicht ertragen zu müssen«, sagt sie. Anzügliches, Zotiges, zu leise fürs offizielle Protokoll, aber laut genug, um es zu verstehen. An diesem Morgen ist die Liberale nicht schnell genug. »Oh, Frau Strack-Zimmermann«, tönt es von jenseits des Ganges, »heute in Leder! Holen Sie gleich die Peitsche raus?« Darauf Strack-Zimmermann: »Ach, Herr Kollege, haben Sie zu Hause einen Notstand?«

Elisabeth Motschmann von der CDU hat auch ihre Erfahrung gemacht mit dem aufblühenden Machismo im Bundestag, auch mit dem in den eigenen Reihen. Als die Grünen im Februar 2019 einen Antrag zu feministischer Außenpolitik einbrachten und forderten, die Beziehungen zu anderen Staaten auch daran auszurichten, wie die Geschlechtergerechtigkeit gefördert wird, waren Häme, Spott und Abfälligkeit groß, auch unter Unions-Abgeordneten. In ihrer Rede konterte Motschmann, eine vornehme, konservative Frau aus Bremen, die Retromänner aus, auch die eigenen: »Ich habe nie gedacht, dass ich das jemals sagen würde. Aber ich bin jetzt auch Feministin.«

Schon früh hat Roth im Bundestagspräsidium dazu ermahnt, dem zunehmend verächtlichen Umgang mit Frauen im Parlament entgegenzuwirken. Anfangs wurden ihre Mahnungen kaum ernst genommen: Sie solle nicht so sensibel sein, bekam sie zu hören, im Bierzelt werde doch auch so geredet. »Wir sind aber nicht im Bierzelt«, hielt sie dagegen. Mittlerweile müsse sie nicht mehr mahnen. Im Präsidium seien nun alle alarmiert.

Trotzdem sieht Roth gefährdet, was die Frauen in den vergangen 40 Jahren erreicht haben. Sie plädiert für einen neuen Feminismus

mit breiten gesellschaftlichen Bündnissen. »Wir müssen uns alle wehren gegen dieses Zurück zu vermeintlich ›normalen Verhältnissen‹, das Zurück zu den veralteten Geschlechterrollen.« Nicht, dass der Bundestag wieder das wird, was er laut seiner damaligen Vizepräsidentin, der FDP-Abgeordneten Liselotte Funcke, in den siebziger Jahren war: »Das letzte verbliebene maskuline Reservat.«

Das Versäumnis

Mütter sind im parlamentarischen Betrieb nicht vorgesehen. Diesen Eindruck jedenfalls gewann Franziska Brantner, als sie 2013 vom EU-Parlament in den Bundestag nach Berlin wechselte. »Ich war geschockt.« In Brüssel hatte Brantner den, wie sie das nennt, klassischen »Mädel-bring-doch-mal-den-Kaffee-Sexismus« erlebt. Und die Frage beantworten müssen, für welchen Abgeordneten sie denn arbeite. Eine Frau unter 30 konnte man sich als Abgeordnete dort nicht vorstellen. Als Brantner mit ihrer dreijährigen Tochter nach Berlin kommt, stößt die Grünen-Politikerin auf ganz andere Probleme. »Ich war entsetzt, wie familienunfreundlich das hier ist.«

Dorothee Bär vertritt seit 2002 den Wahlkreis Bad Kissingen im Bundestag. Als sie Abgeordnete wurde, rieten ihr erfahrene CSU-Kollegen, keine junge Frau als Mitarbeiterin einzustellen, die würde garantiert bald schwanger. Vier Jahre später ist Bär selbst zum ersten Mal schwanger – und verschwindet. Nicht aus dem Bundestag oder von der Bildfläche, sie verschwindet aus den Köpfen der Mächtigen in Partei und Fraktion, derer, die Karrieren befördern, durchgehend Männer. Weil sie ja ein Kind bekommt und damit die nächsten Jahre ausfällt, denken die Männer. Acht Wochen nach der Geburt ihrer Tochter taucht die 28-Jährige wieder im Parlament auf. Nicht weil Überehrgeiz sie antreibt, sondern weil es das Grundgesetz so will: Laut Artikel 38 dürfen weibliche Abgeordnete keine Elternzeit nehmen.

Wiebke Esdar, die Neue von der SPD aus Bielefeld, hat Anfang 2020 noch keine Kinder, ist aber schwanger. Auch sie weiß jetzt: Kinder sind für Politikerinnen ein Handicap. Und ein Kleinkind ist ein großes Handicap. »Im Wahlkreis fragen sie mich, ob ich 2021 überhaupt noch Wahlkampf machen möchte und wie präsent ich sein kann«, berichtet sie. »Und in Berlin frage ich mich, was mir überhaupt noch zugetraut wird.« Niemand redet darüber offen. »Aber es leugnet auch keiner.«

Die Soziologinnen Isabelle Kürschner und Jasmin Siri haben die Herausforderungen für berufstätige Mütter vor einigen Jahren eindrücklich beschrieben. Noch immer sei die Ansicht weit verbreitet, dass Kinder grundsätzlich zur Mutter gehören und idealerweise auch von ihr betreut werden sollten. Politikerinnen, so befanden sie, unterlägen einem permanenten Rechtfertigungsdruck gegenüber Kollegen, Journalisten und Wählern. »Diese Schwierigkeiten betreffen alle Politikerinnen gleichermaßen, ganz gleich, welcher Partei sie angehören. Eine liberalere politische Ausrichtung geht nicht selbstverständlich mit einer größeren Toleranz gegenüber Müttern in den eigenen Reihen einher.« Die Studie ist zwar einige Jahre alt, aber der Befund ist immer noch gültig. Es ist zudem ein Befund, den selbst die Sozialdemokratin Wiebke Esdar als seinerzeit werdende Mutter sofort unterschreiben würde.

Und noch etwas hat Esdar gelernt. Einen Rechtsanspruch auf Mutterschutz gibt es zwar im normalen Berufsleben, aber nicht im Deutschen Bundestag. Das Handbuch für Abgeordnete sieht dazu jedenfalls nichts vor. »Das Stichwort fällt einmal – an der Stelle, an der die Strafen für Nichtanwesenheit festgelegt sind«, berichtet sie, »200 Euro für unentschuldigtes Fehlen, 100 für entschuldigte Abwesenheit«. Unter bestimmten Voraussetzungen könne, so heißt es da, nach der Geburt oder bei der Erkrankung eines Kindes von Strafen abgesehen werden. Bundestagspräsident Schäuble verfahre in diesen Fragen auch großzügig, heißt es unter den jungen Frauen. Aber genau definiert und festgeschrieben sind diese Voraussetzungen nicht. Für Esdar ist die Sache klar: »Ein Kind zu kriegen ist im Bundestag nicht vorgesehen.«

Bei Franziska Brantner fing der Ärger mit der Betriebs-Kita des Bundestages an. Die ist nur Kindern von Parlamentsmitarbeitern zugänglich; nur wenn noch Plätze frei sind, dürfen Kinder von Abgeordneten nachrutschen. Brantner will sich vor der Wahl 2013 auf die Warteliste setzen lassen, erfährt aber, dass dies erst dann geht, wenn sie gewählt ist. Als sie gewählt ist, sind alle Plätze vergeben. In Brüssel sind die Kitas für Mitarbeiter und Abgeordnete da, Abgeordnete erhalten zwar immer einen Platz, zahlen dafür aber anteilig mehr an Gebühren als die Mitarbeiter. Brantner findet die Regelung im Bundestag »schwierig«. Brantner spürt kurz Sehnsucht nach Brüssel und löst dann das Problem: Sie bringt ihre Tochter in eine private Kita.

Dorothee Bär nimmt ihre kleine Tochter in Sitzungswochen mit nach Berlin, ihr Mann bleibt in Bayern, er arbeitet dort. Im Bundestag, das erfährt Bär ziemlich unvermittelt, gibt es keinen Wickeltisch, kein Kinderspielzimmer, kein Stillzimmer. Dafür aber namentliche Abstimmungen, gern auch mal spätabends um elf. Sie muss dann dahin. Sie nimmt Kind und Kinderwagen mit, parkt beide vor dem Plenarsaal, bittet jemanden, kurz aufzupassen, rennt rein, stimmt ab, rennt wieder raus.

Franziska Brantner wundert sich. Kinderspielzimmer, Wickeltisch, Stillzimmer – in Brüssel ist das eine Selbstverständlichkeit für Parlamentarierinnen. So wie die festen Termine für Abstimmungen, mittags, in der Regel zwölf Uhr. In Berlin sind die Abstimmungstermine über den Tag verstreut, oft wird auch spontan eine namentliche Abstimmung beantragt – und dann muss man halt auch mal spätabends wieder rein. Und wenn das so ist, braucht eine alleinerziehende Mutter wie Brantner immer ebenso spontan jemanden, der auf ihr Kind aufpasst.

Kristina Schröder wurde mit 32 Jahren Familienministerin und mit 33 Jahren erstmals Mutter. In einer Geschichte für das ZEITmagazin erzählte die CDU-Politikerin von dieser »hammerharten Zeit«. Zum Beispiel von dem Abend, an dem sie stundenlang bei der berüchtigten Bereinigungssitzung im Haushaltsausschuss auf ihren Auftritt warten musste. Ihre Brust schmerzte immer mehr,

weil sie noch stillen oder abpumpen musste. Sie wagte es nicht, den Vorsitzenden des Ausschusses darüber zu informieren und um Aufschub zu bitten, weil sie nicht wollte, dass der Grund für den Aufschub die Runde machte. Sie erzählte auch von dem Tag, an dem sie sich wegen der Kita-Eingewöhnung ihrer Tochter freigenommen hatte und den sie dann mit Krisengesprächen am Telefon verbrachte. Und auch von den Sitzungswochen, in denen ihre Eltern aus Wiesbaden angereist kamen, um sich um die Tochter zu kümmern.

Franziska Brantner wundert sich auch, dass es im parlamentarischen Betrieb keine Mittagspausen gibt. Auch die kennt sie aus Brüssel. Die Mittagszeit, rund eineinhalb Stunden, nutzen Parlamentarier dort, um das notwendige Networking mit Lobbyisten aus Unternehmen, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen abzuwickeln. Im politischen Berlin sind dafür die Parlamentarischen Abende vorgesehen. Sich in die Länge ziehende Veranstaltungen mit Häppchen, Wein und vielen Menschen, von denen niemand zur Familie gehört. Brantner findet die Brüsseler Mittagspausengespräche nicht nur familienfreundlicher, sondern auch ergiebiger. Die Kürze zwinge zu Klarheit.

Für eine Mittagspause müsste der Bundestag aber die Plenarstunden reduzieren, kürzere Redezeiten einführen, Debatten kürzen. Im EU-Parlament betragen die Redezeiten bei Kurzdebatten in der Regel 90 Sekunden, im Bundestag drei oder vier Minuten. In Brüssel könnte man sich viele Anregungen holen, um den Parlamentsbetrieb so zu gestalten, dass Familien nicht mehr ganz so zu kurz kommen. In anderen Hauptstädten auch. Macht aber niemand.

Kristina Schröder spricht irgendwann mit Franziska Brantner, Franziska Brantner dann mit Katja Kipping, der Linken-Chefin – und am Ende sprechen alle drei miteinander. Die schwarz-grün-rote Koalition der jungen Mütter gründet eine Elterngruppe. Wickelkommode, Kinderzimmer, Stillzimmer – die Gruppe verhandelt herbei, was längst hätte da sein müssen. Auch, dass Babys bei Abstimmungen mit ins Plenum dürfen, wird möglich. Keine parkenden Kinderwagen mehr davor: nie mehr »rein, abstimmen, raus«. Der damalige Bundestagspräsident, Norbert Lammert, hatte sich

lange gesperrt, sah keine Notwendigkeiten für die Bedürfnisse der Mütter. Erst hieß es, es gebe keinen Raum, dann gab es zwar einen, aber auf der Ebene der Besuchertribüne. Den wollten die Frauen nicht, sie hatten wenig Interesse daran, sich permanent mit ihren Kindern fotografieren zu lassen. Dann sollte aus dem Raucher- ein Kinderzimmer werden. Und am Ende bekam die Müttergruppe doch, was sie wollte – und wo sie wollte. Im Bundestagspräsidium hatten die Vizes Claudia Roth und Ulla Schmidt Lammert so lange genervt, bis er nachgab. Ein Stillzimmer gibt es inzwischen – aber auch immer noch Abstimmungen zur Kinderschlafenszeit.

Franziska Brantner ist mittlerweile zur europapolitischen Sprecherin der Grünen-Fraktion aufgestiegen. Sie pendelt zwischen Heidelberg und Berlin, aber ihre Tochter lebt seit der Einschulung in Berlin. Als alleinerziehende Mutter und Abgeordnete gehe das mit der Anzahl an Sitzungswochen gar nicht anders, sagt Brantner. »Der Spagat ist schwierig, aber dafür bringe ich als Alleinerziehende auch andere Perspektiven ein.«

Kristina Schröder hat mittlerweile drei Kinder und ist zur Bundestagswahl 2017 nicht wieder angetreten. Sie arbeitet heute als selbstständige Unternehmensberaterin und schreibt eine Kolumne für die Welt. Über ihre Zeit im Bundestag sagt sie: »Als Politikerin ist man wie ein Rechner, der nie herunterfahren kann. Wenn ich meine gesamte Familienphase bis heute so verbracht hätte, würde ich es bereuen.«

Auch Dorothee Bär hat heute drei Kinder. Seit 2018 ist sie Staatsministerin im Bundeskanzleramt, zuständig für Digitalisierung.
2019, als die Debatte ums Urheberrecht im Netz immer verletzendere Töne anschlägt, wird auch ihre damals 13-jährige Tochter gezielt beschimpft. »Natürlich macht das was mit einem, wenn plötzlich die eigenen Kinder mit reingezogen werden«, sagt Bär.
Kurz nachdem Annegret Kramp-Karrenbauer ihren Rückzug vom CDU-Vorsitz angekündigt hatte und unmittelbar darauf gleich vier Männer, aber keine einzige Frau auf dem Bewerberfeld erschienen waren, fragte die Süddeutsche Zeitung 20 Unionspolitikerinnen nach dem Grund für so viel weibliche Zurückhaltung. Die

häufigste Antwort: weil die Politik so familienfeindlich sei.



Dieser Textauszug entstammt dem Buch:
"Alleiner kannst du gar nicht sein".

```
Unsere Volksvertreter zwischen Macht, Sucht und Angst.
Von Peter Dausend/Horand Knaup, dtv-Verlag, 464 Seiten, 22,-€.
```


- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren